

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckverlag: Nachrichten Dresden.
Vertriebs-Gesellschaft: 25 241.
Für die Redaktion: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. Oktober 1926 bei täglich zweimaliger Zustellung drei Haus 1,50 Mh.
Halbjahrespreis für Monat Oktober 3 Mark ohne Postzustellungsgebühr.
Einzelnummer 14 Pfennig.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einseitige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt; 10 Pfg. außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklameweile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Offertenanträge 10 Pfg. Raum-Anträge oem. Vorauszahlung

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/42.
Druck u. Verlag von Jepsch & Reichardt in Dresden.
Postfach-Konto 1088 Dresden.

Abdruck nur mit schriftlicher Genehmigung. Dresdner Nachr. Nr. 11326. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Englisch-türkische Annäherung.

Englische Unterminierung der Freundschaft zwischen Rußland und der Türkei.

Hindenburg in Bremen. — Der belgische Franken vor der Stabilisierung. — Eine schwere Sturmflut in Sabana.

Kemal Pascha unterliegt dem englischen Druck.

Berlin, 21. Oktober. Wie der Asien-Osteuropa-Dienst aus Paris meldet, erdrückt dortige Diplomatenkreise lebhaft englisch-türkische Verhandlungen, die vor mehreren Wochen in Konstantinopel noch von dem inzwischen nach Berlin verlegten englischen Botschafter Lindley begangen worden sind und den Beitritt der Türkei zum Völkerbund zum Gegenstand haben.

Bezeichnet die türkisch-russische Freundschaft zu zerbrechen, hat England Kemal-Pascha nicht mehr und nicht weniger als den Kaufmann, die Vormachtstellung auf dem Schwarzen Meer und eine größere Anleihe zu günstigen Bedingungen angeboten. Angora ist auf die Verhandlungsbasis auch eingegangen und hat den Beitritt zum Völkerbund unter der Bedingung versprochen, daß es einen künftigen Ratifiziert erhält.

Seinen Anspruch begründet Kemal-Pascha mit der Notwendigkeit, den Einfluß der Türkei in der Reihe der Großmächte besonders fest zu verankern, da sie sich in Rußland zum Feind machen würde, an das sie in der Völkerbundfrage sehr wohl durch den Vertrag von Dezember 1925 gebunden sei. Da ein neuer künftiger Ratifiziert in diesem Jahre aber nicht mehr vergeben werden konnte und England große Vorbehalte in Bezug auf Wiederbeschaffung machte, verfiel die weiteren Verhandlungen. Der Vertrag ist jedoch schon paraphiert und England legt nun alle Hebel in Bewegung, um die Türkei einzuschüchtern. Man erinnert dabei an die inzwischen widerlegten Meldungen über Feldzugspläne Venizelos gegen die Türkei und über einen angeblichen antitürkischen Vertrag zwischen Griechenland und Italien, sowie an das furchtbare Steigen des englischen Pfundes in der Türkei.

Wie verstanden, rechnet England mit dem Beitritt Angoras zum Völkerbund, um so bestimmter, als die Skepsis Kemals wegen Moskwa sich immer mehr verhärtet und Kemal sich sogar mit einem seiner besten Freunde, dem türkischen Handelsvertreter in Moskau, entsorgt hat, weil dieser die Türkei völlig an Moskau „verkauft“ habe. Die Förderung Rußlands, wenigstens in den nächsten zwei Jahren, dem Völkerbund fernzuhalten, soll Kemal auf Englands Druck soeben abgelehnt haben. Gewisse neuere Kurschwankungen auswärts der türkischen Währung werden jetzt auch von Finanzleuten als Symptom eines neuen türkisch-englischen Uebereinkommens angesehen. (Z. U.)

Keine Räterepublik an der finnischen Grenze.

Moskau, 21. Oktober. Die Telegraphen-Agentur der Sowjetunion demontiert heute die Nachricht, daß das Zentralkomitee der Sowjetrepublik beschlossen habe, eine autonome Räterepublik an der finnischen Grenze zu errichten. (Z. U.)

Polen verweigert die Auslieferung von Chorow.

Eine neue polnische Note.

Warschau, 21. Oktober. Die polnische Telegraphen-Agentur teilt mit: Am 18. d. M. hat die polnische Regierung an die deutsche Gesandtschaft in Warschau eine Verbalnote gerichtet, die eine Antwort darstellt, auf die von Deutschland am 2. d. M. in der Angelegenheit der Sidstoffwerke von Chorow an die polnische Regierung gerichteten Note. Entsprechend dem früher eingenommenen Standpunkte, in dem die Bereitwilligkeit ausgesprochen wird, eine schiedsrichterliche Erledigung der ganzen Angelegenheit zu suchen, hält die polnische Regierung ihre Bereitwilligkeit aufrecht, Verhandlungen über diesen Gegenstand aufzunehmen. Sie ist jedoch der Auffassung, daß sich eine Klage der polnischen Regierung, die Chorzower Werke als solche anzuerkennen, weder aus dem Genfer Abkommen noch aus dem Schiedsprotokoll des Obergerichtsbundes ergibt. (Z. U.)

Politischer Mord in Lemberg.

Warschau, 21. Oktober. In Lemberg fiel der Schulbesitzer Dr. Sobinski einem politischen Attentat zum Opfer. Von zwei ukrainischen Studenten wurde er durch zwei Revolverkugeln getötet. Der Beweggrund an dem Mord liegt in einer Brochüre Dr. Sobinski, in der er die Ansprüche der Ruthenen (Ukrainer) auf schulpolitischen Gebiet bekämpfte. Als ausführendes Organ und Parteinoffizier des gemeinen Unterrichtsministers Grabki hat er dem ukrainischen Schulwesen den Krieg erklärt und erreicht, daß fast alle ukrainischen Schulen, deren Zahl in Galizien 1907 betrug, vernichtet wurden. Im letzten Jahre allein hat er 174 ukrainische Schulen in Galizien in polnische Verwaltung übergeben, obwohl 1914 ukrainische Gemeinden sich für die ukrainische Unterrichtssprache erklärten. Auch die ukrainischen Mittelschulen wurden geschlossen, die polnische Sprache als interne Amtssprache einzuführen.

Wirtschaft, Politik und Landtagswahl.

Von Syndikus Karl Tögel, Cohnmannsdorf.

Einer unserer einflussreichsten sächsischen Wirtschaftsführer hat vor kurzem gesagt, daß wir an einem „wichtigen Drehschneepunkt der deutschen Staats- und Wirtschaftspolitik“ ständen. Die vor uns liegende Landtagswahl wird dabei gerade auch für Sachsen auf manche Fragen Antwort geben müssen, die vielleicht für die nächste Zeit noch einer mehr verborgenen Entwicklung anvertraut bleiben könnten. Ob durch Zufall oder durch Absicht ist gleichgültig, jedenfalls hat die vielbesprochene Dresdner Rede des Herrn Dr. Silberberg auf der Dresdner Tagung gerade auch die Probleme des Unternehmertums herausgestellt. Wenn schon der von Silberberg ferngelegene Weg in seinen parteipolitischen Folgerungen für das Reich verhängnisvoll erscheint, für Sachsen ist kein Vorzeichen besonders irreführend. Einmal haben wir in Sachsen eine neue Entwicklung der Sozialdemokratie zum Radikalismus, die die Gefahr neuer politischer Komplikationen nur um so greifbarer macht, je mehr man sieht, wie gering der Einfluß der sogenannten Altsozialisten auf die Massen ist. Der Klassenkampf hat in Sachsen seine schlimmsten Auswirkungen in der Zeigerzeit gefunden und wer die sozialistischen sächsischen Zeitungen gelesen hat, wird wissen, daß gerade die von Dr. Silberberg gebotene Hand erst recht benutzt worden ist, um von neuem in besonders scharfem Maße zum Kampfe aufzurufen. Die Frage des Klassenkampfes hat in Sachsen eine besondere Bedeutung, weil der Wille zur gemeinsamen Arbeit vollständig zu vermissen ist, soweit es sich um die radikalen Sozialisten handelt. Auf der anderen Seite haben wir gerade in Sachsen eine Entwicklung der sogenannten werkstriedlichen Arbeiterbewegung, die besonders schöne Erfolge gezeitigt hat. Hier haben sich die beiden geistigen Exponenten gegenüber. Auf der einen Seite die Behauptung: „Eine für die Arbeiter unerzielbare Sozialpolitik kann nur im Kampfe gegen den Unternehmer und nur auf breiterer Gewerkschaftsbasis durchgeführt werden“, und andererseits: „Vorwärts ist die Gründung einer Organisation, die man Arbeitsgemeinschaft nennt, sondern die eine neue geistige Einheitsfront, ohne die wir nicht auskommen“. Diese neue Einstellung wird sich nicht in den zentralen Organisationen bilden. In den Werkstätten wächst der Arbeitsgemeinschaftsgedanke und er bleibt ewig unfruchtbar.“ Das ist die Frage: Wollen wir weiter versuchen, in gegenseitig unfruchtbarer Ringen zwischen Zentralgewerkschaft und Zentralverband die Lage des einen mit der des anderen abzuwägen — oder wollen wir nicht den einzig möglichen Weg gehen: durch völlige neue geistige Einstellung, durch gemeinsame wirtschaftliche und soziale Erkenntnis das Meer fördern, an dem wir doch einer wie der andere auf Gedeih und Verderb zusammengebunden sind.

Dann aber heißt auch die Frage an die Parteien: Sollen wir bereit, den Marxismus bewußt zu überwinden? Oder seid ihr bereit, weiter einen Mechanismus am Leben zu erhalten, der in neben einander bestehendem Gegenständlichen von Kompromiß zu Kompromiß schreitet. Wir brauchen eine klare Zielsetzung und eine unzweideutige Antwort. Mit Dr. Silberberg weiß das deutsche Unternehmertum und hat es immer gewünscht, daß es nur mit dem deutschen Arbeiter den Weg aufwärts und vorwärts gehen kann. Es will aber jetzt von den Parteien die klare Antwort hören, ob sie diesen Weg, soweit er politisch gegangen werden muß, gehen wollen, unter bewusster Erhaltung des marxistischen Sozialismus, der immer klassenkämpferisch sein wird und sein muß — oder ob auch der politische Weg als geistiges Ziel die Überwindung des marxistischen Gedankens mit allen Kräften erstrebt. Hier liegt zugleich der Schlüssel der unlagbaren Verdrossenheit, die innerhalb der Unternehmerschaft vorhanden ist. Weil man bisher immer die Ueberzeugung und den Beweis hatte, daß die Parteien ihre Entschlüsse „nicht von der Sache her, sondern von parteipolitischen Erwägungen“ bestimmen ließen.

Gerade aus diesem Grundgedanken heraus hat auch das sächsische Unternehmertum den Gedanken einer einheitlichen Front für die nächste politische Arbeit begründet und sich zu ihm bekannt. Es muß offen ausgesprochen werden, daß dabei als wesentliches Motiv der oben ausgesprochenen Gedanke wirksam war: wie kann man den Marxismus politisch und geistig überwinden. Mit diesem Ernste und großer Sorge wird die Entwicklung der nächsten Zukunft beurteilt. Es ist falsch, dem Unternehmer dabei vorzuwerfen, daß er aus reinem materiellen Egoismus handle. Er weiß heute ganz genau, daß er nur mit der Überwindung der wirtschaftlichen Krise, die zugleich dem gesamten Volke wieder anante kommt, seine Aufgabe im Dienste des Volksganzen lösen kann. Aber er weiß auch ganz genau, daß dabei keine schädlicheren Einflüsse vorhanden sein können als die des Klassenkampfes und des Sozialismus. Wir stehen an einem Drehschneepunkt auch unserer parteipolitischen Entwicklung und das Ziel muß dabei die Überwindung des Marxismus sein. Der Wirtschaftler und der deutsche Unternehmer werden jedoch das Wesen nicht los, als wären sie nur Objekt des parteipolitischen Handelns. Die Frage der einheitlichen Front ist zunächst für diese Wahl negativ entschieden, daß sie sich wieder melden wird, liegt in der zwangsläufigen Entwicklung der Dinge. Wir müssen,

Deutschlands Außenhandel im September.

Im reinen Warenverkehr geringer Ausfuhrüberschuß.

(Durch Hausdruck.)

Berlin, 21. Oktober. Der deutsche Außenhandel weist im September im reinen Warenverkehr einen Ausfuhrüberschuß von 13 Millionen Reichsmark auf. Insgesamt ist er dagegen hauptsächlich infolge eines aus dem Auslande zurückgenommene Golddepots mit 91 Millionen Reichsmark passiv. Die reine Wareneinfuhr weist gegenüber dem Vormonat eine Abnahme um 96 Millionen Reichsmark auf. Die Einfuhr an Lebensmitteln und Getränken zeigt eine Abnahme um 128 Millionen Reichsmark. Die Einfuhr an Rohstoffen und halbfertigen Waren ist dagegen um 18 Millionen Reichsmark, die Einfuhr an Fertigwaren um 11 Millionen Reichsmark gestiegen. Die Ausfuhr zeigt gegenüber dem Vormonat eine nur unwesentliche Zunahme um 2 Millionen Reichsmark. Gestiegen ist die Ausfuhr an Lebensmitteln um 3 Millionen Reichsmark und an Fertigwaren um 11 Millionen Reichsmark. Bei der Ausfuhr von Rohstoffen ist dagegen ein leichter Rückgang um 11 Millionen Reichsmark festzustellen. Die Einfuhr an Gold und Silber ist um 55 auf 107 Millionen Reichsmark gestiegen, wobei der größte Teil auf das aus dem Auslande zurückgenommene deutsche Golddepot entfällt. (Z. U.)

Die Reichsmark im Saarnebel abgelehnt!

Saarbrücken, 20. Okt. Die Saarregierung lehnte in einem Schreiben an den Völkerbund die von der Handelskommission für die Wiedereinführung der Reichsmark ab, weil diese die Wiedereinführung der Reichsmark nicht mehr ermöglicht. Durch die Verfall der Resten der Reichsmark in Frankreich, die die Wiedereinführung der Reichsmark in Frankreich zu verhindern, entstände ein Währungschaos, den die Saarbevölkerung absolut ablehne.

Vor der Stabilisierung des belgischen Franken

Belgische Anleiheverhandlungen in London.
Brüssel, 21. Oktober. Finanzminister Francoul und der Gouverneur der Bank von Belgien, Franc, reichten gestern nach London ab, um mit dem Gouverneur der Bank von England die Bedingungen der belgischen Anleihe zu be-

sprechen. Die Stabilisierung des belgischen Franken soll Ende dieser oder Anfang kommenden Woche zu einem Kurse von 175 Franken für den Pfund erfolgen. In manchen Kreisen ist man der Auffassung, daß diese Maßnahme nur vorläufigen Charakter trage und die Stabilisierung des belgischen Franken erst dann endgültig sein werde, wenn auch der französische Franken stabilisiert sei. (Z. U.)

Die neue Steuerbelastung in Frankreich.

Annahme des Budgets im Finanzministerium.

Paris, 21. Oktober. Der Finanzausschuß der Kammer hat gestern seine Arbeiten wieder aufgenommen und den Bericht seines Generalberichterstatters Chappedelaine über das Budget für 1927 angenommen. Danach ist der Beitrag der zehnjährigen Steuern, die der Steuerzahler in diesem Halbjahr auf Grund der neuen Steuererhebung zu tragen hat, mit 13 158 Millionen angegeben, davon entfallen im allgemeinen Budget 10 199 Millionen, auf die autonome Tilgungskasse 2 770 Millionen und auf das Aufschubnetz zum Ausbau des Post- und Telegraphenwesens 589 Millionen. Der Berichterstatter machte auch Angaben darüber, was für 1927 als Beitrag des Dawes-Planes zu erwarten ist, ferner Angaben über die französischen Verpflichtungen im Laufe des Haushaltsjahres. Schließlich soll nach dem „Temps“ auch mitgeteilt worden sein, daß der Tilgungskasse im kommenden Jahre an Pachtentnahmen 2848 Millionen zur Verfügung stehen.

Nach einer Information des „Journal“ hat Poincaré dem Generalberichterstatter für das Budget getrennt mitgeteilt, dem Parlament werde nach Wiederausammentritt im Januar ein Gesetzentwurf zur Stabilisierung der Währung vorgelegt werden, über den unverzüglich abgemittelt werden müsse.

Spaltung der demokratischen Fraktion in Frankreich

Paris, 21. Okt. Western war in den Verhandlungen der Kammer das Gerücht im Umlauf, daß der auf dem linken Flügel der radikalen Partei stehende Abgeordnete Leon Meyer und eine Anzahl seiner Fraktionsgenossen gleicher Richtung die Bildung einer neuen Kammerfraktion planen, die sich radikale Linke nennen werde. Man nehme an, daß dieser Fraktion etwa 30 Mitglieder der radikalen Partei beitreten würden. Ein endgültiger Beschluß dürfte erst bei der Wiedereröffnung der Parlamentsarbeiten, also in den ersten Tagen des November, gefaßt werden. †